Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsstelle monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.80 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis 4 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 90 Pfg., Reklamen 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstreviamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 57. Mittwoch den 9. März 1921. 80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Donnerstag den 10. März 1921 abends 7 Uhr

öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.

Wilsdruff, am 8. März 1921. 2746 **Der Stadtverordnetenvorsteher.**

Kartoffelverkauf

Freitag den 11. März nachmittags 1—4 Uhr. Zentner 35 Mark. Bezahlung hat vormittags im Verwaltungsgebäude — Zimmer Nr. 2 — zu erfolgen.

Wilsdruff, am 7. März 1921. 2748 **Der Stadtrat.**

Abgabe von Haferflocken und Hafermehl

das Pfund 1,10 Mark. Mittwoch von 9—12 Uhr an Erwerbslose. Donnerstag von 9—12 Uhr an Minderbemittelte.

Wilsdruff, am 8. März 1921. 2761 **Der Stadtrat.**

Kleine Anzeigen haben im „Wilsdruffer Tageblatt", das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Alliierten sollen sich geeinigt haben, von Deutschland feste Jahresraten von drei Milliarden Goldmark für die Dauer von 30 Jahren zu verlangen und eine Abgabe von 30 Prozent auf die deutsche Ausfuhr zu legen.

* Die deutsche Delegation in London beantragte Vertagung der Entscheidung bis Donnerstag, um neue Pläne vorzulegen.

* Die Wahlen zum Landtag des Freistaates Gotha ergaben für die vereinigten Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Bauernbund und Demokraten 36 058 Stimmen, für die Mehrheitssozialisten 4083, für die Unabhängigen 6993 und für die Kommunisten 21 339 Stimmen.

* Wie verlautet, trifft als Handelsdelegierter der Sowjetregierung der frühere Dozent am Petersburger Technologischen Institut Professor Pruschan demnächst in Berlin ein.

* Der Aufstand in Rußland gegen die Sowjetregierung soll andauern und an Ausdehnung gewinnen.

London.

Über den Stand der Verhandlungen in London zwischen den Alliierten und der deutschen Delegation, wie er sich am Montag, 7. März, in den Nachmittagsstunden übersehen ließ, wurde uns aus Berlin von unterrichteter Seite geschrieben:

Ein Tag der Entscheidung, glaubte man, würde mit dem Beginn der neuen Arbeitswoche gekommen sein. Es scheint aber, daß das letzte Wort auch heute noch nicht in London gesprochen werden wird. Ein Sonntag voller Aufregungen, voller Fahrten und Verhandlungen, von denen die Berichte aus der britischen Hauptstadt gar nicht genug zu sagen wissen, liegt hinter uns — und es will für englische Lebensverhältnisse schon etwas sagen, wenn die Heiligkeit des biblischen Ruhetages weltlichen Geschäften weichen muß. Lloyd George hatte sich zwar zum Wochenende, wie üblich, auf seinen Landsitz zurückgezogen, aber auch dort erreichte ihn die Brandung der Geschäfte. Er mußte sowohl mit seinen eigenen Ministerkollegen wie mit den alliierten Staatsmännern und Delegierten Sitzungen abhalten, wie auch den deutschen Bevollmächtigten Herrn Dr. Simons zu unmittelbarem Gedankenaustausch empfangen. Hatte er doch selber den Zeitpunkt, bis zu dem Deutschland sich entscheiden mußte, auf Montag mittag um 12 Uhr festgesetzt (später auf 5 Uhr nachmittags verlegt), und so durfte er nicht gut die Schuld dafür auf sich nehmen, daß von dieser kurz bemessenen Frist noch 24 oder gar 36 Stunden ungenutzt blieben.

Auch in Berlin ging es an diesem Sonntage ungewöhnlich hoch her. In der Reichskanzlei folgte eine Kabinettsitzung der anderen, und auch der Reichspräsident Ebert mußte an diesen Besprechungen, deren Wichtigkeit kaum noch überboten werden kann, persönlich teilnehmen. Dazwischen drängten sich die Zusammenkünfte der Sachverständigen an die Befragung der Parteiführer, und der rege Depeschenwechsel mit London brachte jeden Augenblick faßt neuen Beratungsstoff herbei. Oft genug wechselten die Stimmungen, je nachdem die Möglichkeiten einer Verständigung zu wachsen oder zusammenzuschrumpfen schienen — bis schließlich aus der wirren Fülle der Hoffnungen und Befürchtungen sich ein fester Kern herausschälen ließ: in London sind neue deutsche Gegenvorschläge aufgestellt worden, auf die man sich vielleicht mit der Entente wird einigen können. Über ihren Inhalt bekam man alsbald wieder die wildesten Vermutungen zu hören, denen nur das eine gemeinsam war, daß man sich mit einem neuen Provisorium begnügen wolle etwa für die nächsten 5 Jahre, das den Franzosen für diese Zeit ungefähr das geben sollte, was sie in den Pariser Beschlüssen verlangten, die weiteren Abmachungen aber danach neuer Beschlußfassung überlassen wollten, wobei dann die bis dahin entwickelte Leistungsfähigkeit Deutschlands gebührend berücksichtigt werden könnte. In diesen fünf Jahren sollten der Entente 15 Milliarden Goldmark gezahlt und sollten ferner an Stelle der zwölfprozentigen Ausfuhrabgabe nach Lloyd Georges Vorschlag 50 Prozent vom Kaufpreis der deutschen nach alliierten Ländern verkauften Waren für die Wiederherstellungskasse einbehalten werden. Aber kaum hatten die Alliierten diesen erweiterten Vorschlag der Deutschen in Händen, als sie ihn für unannehmbar erklärten. Ob hierbei von ihrer Seite Herrn Dr. Simons gegenüber in jeder Beziehung loyal verfahren worden ist oder nicht, läßt sich heute noch nicht erkennen. Jedenfalls waren sie ihrerseits nunmehr überraschend schnell mit Gegenvorschlägen zur Stelle, die wohl als ihr allerletztes Wort zu gelten haben. Danach wird der Zeitraum für die Abtragung der deutschen Kriegsschuld von 42 Jahren auf 30 zusammengezogen, wie der Friedensvertrag es vorschreibt. Jährliche Abzahlungssumme: drei Milliarden. Da das aber „nur" ein Gesamtbetrag von 90 und nicht, wie man es sich in Paris herausgerechnet hatte, von 226 Milliarden ergibt, soll als Ausgleich dafür die Ausfuhrabgabe vom Wert der in Deutschland gekauften Waren von 12 auf 30 Prozent erhöht werden, und endlich soll die Wiederherstellungskommission feststellen, was Deutschland bereits gezahlt hat und wie diese Zahlungen auf die von ihm geforderten Geldleistungen anzurechnen sind — feststellen an der Hand des Pariser Abkommens, bei dem bekanntlich auf die bisherigen deutschen Leistungen gar keine Rücksicht genommen war.

Hier scheint also abermals so etwas wie ein Kompromiß zwischen den englischen und französischen Auffassungen vorzuliegen. Ob es sich innerhalb des Rahmens der deutschen Leistungsfähigkeit hält, muß nun in Berlin auf das sorgfältigste nachgeprüft werden. Bis jetzt überwiegt die Anschauung, daß davon gar keine Rede sein könne, und daß infolgedessen mit dem endgültigen Scheitern der Londoner Verhandlungen zu rechnen sei. Doch soll, da hierüber zwischen Vor- und Nachmittag volle Gewißheit unmöglich zu beschaffen ist, Herr Dr. Simons in London um Vertagung der Entscheidung bis zum nächsten Donnerstag vorstellig werden. Auf jeden Fall hat man es für richtig befunden, auf Grund der Erfahrungen dieser Tage, seine Vollmachten ziemlich eng zu begrenzen, und es wird gar kein Hehl daraus gemacht, daß man sich einer sehr ernsten Lage gegenüber befindet. Die Neigung, entgegen den Warnungen aller Sachverständigen, aus politischen Gründen das Maß unserer Zugeständnisse weiter zu ziehen als verantwortet werden kann, schwindet, soweit sie hier und da zu bemerken war, immer mehr, die Entschlossenheit, lieber jetzt zur Katastrophe kommen zu lassen, als sich jeden Tag von neuem dem Vorwurf der Vertragsverletzung auszusetzen, drängt immer sieghafter alle Bedenken zurück. Kommt es in London zur Vertagung bis Donnerstag, dann ist allen noch eine letzte Frist zu vernünftiger Überlegung gegeben, bleibt sie ungenützt, dann wird wenigstens das deutsche Volk von sich sagen können, daß es kein Mittel unversucht gelassen hat, um die Hand zur Verständigung zu bieten. Die Verantwortung für alle Folgen, die dann unfehlbar eintreten müssen, fällt auf unsere Feinde.

*

Die Verhandlungen gescheitert!

Die deutsche Delegation verläßt London.

London, 7. März. (tu.) Um 1,30 Uhr wird folgende amtliche Note verbreitet: Die Alliierten haben in vollem Einvernehmen beschlossen, die deutschen Vorschläge als unannehmbar zu betrachten. Die Alliierten haben außerdem beschlossen, der deutschen Delegation ihre Ansicht bekanntzugeben, die Sanktionen zu verstärken.

Die deutsche Delegation verläßt morgen London.

London, 8. März. (tu.) Briand und die französische Delegation kehren morgen abend oder Donnerstag früh nach Paris zurück. Die deutsche Delegation wird London morgen früh verlassen.

Befehl zum Vormarsch.

London, 8. März. (tu.) Die Besatzungstruppen im Rheinland haben den Befehl erhalten, heute früh den Vormarsch zu beginnen.

Ueber die letzten Verhandlungen.

London, 8. März. (tu.) Nach dem neuen Angebot von Simons stellt Lloyd George folgende Fragen: Ob die Leistungen für die ersten 5 Jahre nach den Pariser Beschlüssen anerkannt würden und ob Oberschlesien eine Voraussetzung bilde. Die Antwort lautete beide Male ja. Auf die Frage, was beim Verlust Oberschlesiens eintreten würde, erklärte Simons, daß dann eine neue Situation gegeben sei. Jetzt stellte Lloyd George die entscheidende Frage, ob Simons für die Zeit nach 5 Jahren kein Angebot zu machen habe. Simons antwortete, die Frage solle von den Sachverständigen geprüft werden. Lloyd George fragte, ob Simons eine Garantie für ein Minimum geben könne. Die Antwort lautete nein. Lloyd George erklärte nun, er werde die nicht mehr zweifelhafte Antwort der Alliierten um 5,30 Uhr geben.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 8. März. (tu.) Das Reichskabinett trat gestern abend 9 Uhr zusammen, um über das Ergebnis der Londoner Verhandlungen zu beraten. Die Sitzung zog sich bis in die Nachtstunden hinein, da man beschlossen hatte, so lange zusammen zu bleiben, bis alle Meldungen aus London eingelaufen seien.

Kein Eindruck auf das Meßgeschäft.

Leipzig, 8. März. (tu.) Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" stellten auf Grund ausgedehnter Umfragen fest, daß die durch ein Extrablatt der „Leipziger Neuesten Nachrichten" in den gestrigen Nachmittagsstunden bekanntgewordene Nachricht von dem Abbruch der Londoner Konferenz auf das Meßgeschäft keinen Eindruck gemacht hat. Es ließ sich eher die Tendenz erkennen, daß die Nachricht vom Scheitern der Konferenz die Abschlußfreudigkeit der Einkäufer gefördert hat. Die gleiche Beurteilung fand das Ergebnis auch bei großen Gruppen ausländischer Einkäufer.

Keynes über die „Sanktionen".

Vage Anschuldigungen, unweises Vorgehen.

Der durch seine unparteiischen Veröffentlichungen über den wirklichen Stand der deutschen Leistungsfähigkeit bekannte Engländer Keynes hat sich durch den wütenden Hass mit dem besonders französische Beutepolitiker über ihn herfielen, nicht beeinflussen lassen. Auch heute wieder erhebt er seine sachverständige Stimme zur Warnung vor einem Vorgehen in französisch-chauvinistischem Sinne, das sowohl hüben wie drüben nur Verderben zeitigen könne. Keynes sagt in einer Veröffentlichung im „Manchester Guardian":

„Wir haben Forderungen an die Deutschen gestellt, von denen wir wußten, daß sie sie unmöglich erfüllen können. Die Deutschen haben mit Vorschlägen geantwortet, welche in der entgegengesetzten Richtung irregehen. Ein gerechtes Ergebnis hätte nur erzielt werden können durch eine Besprechung von Fragen wie, ob wir Deutschland erlauben und es ermutigen wollen, einen großen Exporthandel zu entwickeln, weiter, wieweit wir Bezahlung in natura annehmen können und Deutschland anbieten kann, und schließlich über die Grundsätze, nach denen die Bewertung solcher Bezahlungen in natura stattfinden soll.

Keynes wendet sich den drei angeblichen deutschen Verfehlungen gegen den Vertrag zu und meint, bezüglich der Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher und der Entwaffnung sei der Vertrag selbst schon durch eine Vereinbarung abgeändert worden, und bei der Schwierigkeit der Materie könne er sich wohl denken, daß zum mindesten in einigen technischen Punkten die Deutschen ihre Verpflichtungen nicht buchstabengetreu erfüllt haben. Bei der Zahlung der 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Mai kann nach Keynes Ansicht der einzige Verstoß darin bestehen, daß Deutschland nicht die Lieferungen gemacht hat, die von der Reparationskommission verlangt worden sind. Der einzige bedeutsame Verstoß beziehe sich auf die Kohlenlieferungen. Es sei das festgestellt worden, daß sich Deutschland mit 2 bis 5 Prozent bezüglich des Spa-Abkommens im Rückstande befindet. Der Betrag ist geringfügig, und es wird allgemein zugegeben, daß rund heraus gesagt, Deutschland die Spaer Verpflichtungen bezüglich der Kohlenforderungen erfüllt. Nehmen wir an, daß Verstöße gegen den Friedensvertrag in Einzelpunkten des Angeführten vorgekommen sind, was sind wir, fragt Keynes, berechtigt, zu tun? Ich hätte gedacht, es wäre unsere Pflicht, unsere Anschuldigungen ganz genau festzustellen, und, wenn Strafmaßnahmen angedroht waren, diese abhängig zu machen davon, daß die Deutschen es unterlassen, diesen Anschuldigungen abzuhelfen. Aber sind berechtigt, vage Anschuldigungen auszusprechen und dann Strafmaßnahmen anzudrohen, wenn nicht Deutschland seine Zustimmung dazu gibt, etwas zu tun, was mit den Beschuldigungen nichts zu tun hat? Das ist eine Frage des internationalen Rechts und, was

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF